

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Beilage zum RM Nr. 22 vom 1. Juni 1974

Vor gut 2 Monaten haben die Führer der Gruppe Rote Fahne (GRF), die in dreister Weise den ruhmvollen Namen KPD für ihre Spaltertätigkeit mißbraucht, einen Programmmentwurf für ihre Organisation vorgelegt. In der Einleitung zu ihrem "Programmmentwurf" behaupten die GRF-Führer, er weise "den Weg zum revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes, zum Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems, zur Errichtung der unumschränkten Herrschaft der Arbeiterklasse, zum Sozialismus und zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus". Die programmatische Arbeit der GRF-Führer zeichnet sich bislang u.a. dadurch aus, daß zu praktisch allen brennenden Fragen der revolutionären Arbeiterbewegung mehrere Linien bestehen, ohne daß Falsches zurückgewiesen worden wäre. Es ist daher grundsätzlich zu begrüßen, wenn die GRF-Führer angesichts dieses Wirrwarrs den Versuch unternehmen, ihre Politik zu systematisieren. Die GRF-Führer haben inzwischen Teile ihrer Organisation in Baden-Württemberg wegen

Stellungnahme der KPD/ML zum Programmmentwurf der GRF

"Rechtsopportunismus" ausgeschlossen. U.a. wird ihnen vorgeworfen - entgegen Beschlüssen der GRF-Führer - mit dem modernen Revisionismus paktiert zu haben. Der Dieb schreit: "Haltet den Dieb!" Wenn die GRF-Führer jetzt beginnen, auf die allzu offen revisionistischen Aktivitäten der Basis einzuschlagen, dann kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß es die GRF-Führer selbst sind, die zu verhindern suchen, daß Klarheit über den Hauptfeind in der Arbeiterbewegung, den modernen Revisionismus, geschaffen wird. Der vorliegende Programmmentwurf ist dafür ein trauriges Dokument. Er wird es vielen revolutionären Arbeitern, und anderen fortschrittlichen Menschen erleichtern, sich über das Wesen der GRF, die seit Jahren Verwirrung und Spaltung in die revolutionäre Bewegung vor allem der studierenden Jugend trägt, Klarheit zu verschaffen. An sie und alle ehrlichen Mitglieder und Sympathisanten der GRF wendet sich die KPD/ML mit der vorliegenden Stellungnahme zum Programmmentwurf der GRF-Führer.

Der Programmmentwurf der GRF-Führer - ein vergeblicher Versuch, den Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus zu versöhnen !

Der von den GRF-Führern vorgelegte „Programmmentwurf“ ist ein — allerdings vergeblicher — Versuch, den Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus zu versöhnen. Es ist das gleiche Ziel, das die GRF-Führer bereits bei der Gründung ihrer Spalterorganisation verfolgten. Seither haben sie viele Worte gemacht, um den Eindruck zu erwecken, sie würden den modernen Revisionismus entschieden bekämpfen. In Wirklichkeit haben sie lediglich ihre Taktik geändert. Während sie früher den Marxismus-Leninismus angriffen, indem sie revisionistische Länder wie die DDR als sozialistisch bezeichneten (vgl. RM Nr. 11/1974), beschreiten sie heute den umgekehrten Weg und greifen sozialistische Länder und Kommunistische Parteien als revisionistisch an.

Wir wollen hier nicht auf die Angriffe der GRF-Führer auf die Kommunistische Partei Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens eingehen (vgl. RM 2/1974), weil diese Angriffe in dem Programmmentwurf in direkter Form nicht vorgetragen werden. Ansonsten lassen die GRF-Führer aber keine Möglichkeit aus, in der Frage der klaren Trennungslinie zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem modernen Revisionismus Verwirrung zu stiften. Gehen wir auf einzelne Punkte ein:

Die SPD war die erste revolutionäre deutsche Arbeiterpartei, die zwar keine bolschewistische Partei sein konnte, aber jahrzehntelang in der internationalen Arbeiterbewegung als vorbildliche marxistische Partei galt. Diese Tatsache wird von den GRF-Führern geleugnet und im „Programmmentwurf“ (S.18) ist nur von „revolutionären Sozialdemokraten“ die Rede:

„Es war dieses System, dem der Haß der revolutionären Sozialdemokraten galt, die mit der Parole der sozialen Republik zum Entscheidungskampf gegen den deutschen Imperialismus antreten wollten.“

Aus dieser Formulierung ist zu schließen, daß die SPD den Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse nie geführt hat, sondern daß lediglich revolutionäre Sozialdemokraten den Willen dazu hatten. Weil sie leugnen, daß die SPD einst die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse war, brauchen die GRF-Führer natürlich auch nicht auf den ideologischen Kampf innerhalb der SPD und auf die revisionistische Entartung der SPD einzugehen. Die GRF-Führer stellen in ihrem „Programmmentwurf“ (S. 19) fest:

„Aber die Partei, die sie (die revolutionären Sozialdemokraten — RM) zum Kampf aufrief, war selbst durch den

Imperialismus geprägt und gespalten.“ So wird die Trennungslinie zwischen revolutionärem Marxismus und Revisionismus allerdings verwischt. Tatsache ist, daß die SPD jahrzehntelang die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse war, daß die revolutionäre Linie in der SPD später unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg einen unversöhnlichen Kampf gegen den Revisionismus geführt hat. Die revolutionäre Linie in der SPD rief die deutsche Arbeiterklasse zum Kampf gegen Imperialismus und imperialistischen Krieg auf und führte sie in diesem Kampf. Die revisionistischen Verräter aber riefen die Arbeiterklasse überhaupt nicht zum Kampf gegen den Imperialismus auf, sondern zum Krieg für imperialistische Interessen.

Die Gründung der KPD war ein Sieg der revolutionären Linie über den Revisionismus. Aber auch diese Tatsache wird von den GRF-Führern mit der ungeheuren Behauptung verfälscht, die KPD sei nicht vom Tag ihrer Gründung an eine marxistisch-leninistische Partei gewesen. Auf Seite 24 ihres „Programmmentwurfs“ heißt es:

„Ernst Thälmann war es, der diese Kommunistische Partei auf die Grundlagen des Leninismus führte und der Arbeiterklasse in ihr zum Siege verhalf.“

Nach Ansicht der GRF-Führer stand also die KPD bis 1923 weder auf der Grundlage des Leninismus, noch war die führende Rolle der Arbeiterklasse in ihr verwirklicht. Lenin dagegen schrieb im Programm von 1919, die Kommunistische Internationale sei entstanden

„durch die Bildung kommunistischer Parteien aus den wirklich proletarischen Elementen der früheren sozialistischen Parteien in einer Reihe von Ländern, insbesondere in Deutschland.“

Wie der Angriff auf die revolutionäre SPD ist auch der Angriff auf die KPD ein Angriff auf die revolutionäre, unbeschadet taktischer Fehler korrekte Partei der Arbeiterklasse mit dem Ziel, die Trennungslinie zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus zu verwischen.

Und die GRF-Führer scheuen sich nicht, einen schweren Angriff auf die sozialistische Sowjetunion unter Stalins Führung zu starten. Auf Seite 13 ihres Programmentwurfs schreiben die GRF-Führer:

„Die Kommunistische Partei der Sowjetunion folgte aber nicht mehr Lenins Lehre über das Fortbestehen von Klassen und Klassenkampf in der proletarischen Diktatur. In dieser Zeit erlag Stalin dem Irrtum, die alte herrschende Klasse sei endgültig besiegt und es gäbe im Inneren des Landes keine grundlegenden Widersprüche mehr, keine Klassen, keine Fortführung des Klassenkampfes. Widersprüche im Volk wurden stattdessen ausschließlich als Widersprüche zum Feind, begangene Fehler als Sabotage behandelt.“

Diesen Verleumdungen der GRF-Führer halten wir Stalins Worte von 1937 entgegen:

„Es ist notwendig die faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, daß der Klassenkampf bei uns mit jedem Schritt unseres Vormarsches mehr und mehr erlöschen müsse, daß der Klassenkampf in dem Maße, wie wir Erfolge erzielen, immer zahmer würde. Das ist nicht nur eine faule Theorie, sondern auch eine gefährliche Theorie denn sie schläfert unsere Leute ein, lockt sie in die Falle, während sie dem Klassenfeind die Möglichkeit gibt, für den Kampf gegen die Sowjetmacht Kräfte zu sammeln.“ (Aus: „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler.“)

Um dem Einwand der GRF vorzubeugen, er habe vielleicht erst ab 1939 diese Auffassung vertreten, sei hier jedoch angeführt, daß Genosse Stalin z. B. in seiner Schrift von 1952 „Marxismus und Sprachwissenschaft“ eindeutig und klar davon ausgeht, daß in der sozialistischen Gesellschaft keinesfalls der Klassenkampf erlischt. Wir verweisen ansonsten zu diesem Punkt auf die Erklärung des ZK unserer Partei (RM Nr. 16/1974) und auf den Vorschlag des Präsidiums des ZK unserer Partei zur Bildung einer Aktionseinheit zum 1. Mai 1974 (RM Nr. 14/1974). Das ZK der KPD/ML stellt in seiner Erklärung „Verteidigt den Marxismus-Leninismus“ fest:

„Wenn die Führer der GRF die Be-

hauptung aufstellen, Widersprüche im Volk wären ausschließlich wie die zu Feinden und begangene Fehler wie Sabotage behandelt worden, dann heißt das im Klartext nichts anderes als „Stalin hat das Volk wie einen Feind behandelt, er war ein Diktator über das Volk.“ Eine andere Erklärung lassen diese Programmäußerungen nicht zu. Hier sehen wir, in welche Reihe sich die Führer der GRF mit ihrer „Kritik“ an Stalin eingereiht haben: in die Reihe der Imperialisten, der Trotzkisten, modernen Revisionisten und Antikommunisten vom Schlage Soltschenizyns und ähnlichen Gelichters.“

Dabei muß noch hervorgehoben werden, daß es sich hier um einen besonders hinterhältigen Angriff auf den Sozialismus handelt, weil einerseits behauptet wird, in der Sowjetunion habe unter Stalins Führung eine Diktatur über und gegen das Volk geherrscht, andererseits die Sowjetunion als sozialistisch bezeichnet wird. Damit werden nicht nur die sozialistische Sowjetunion und Stalin in übelster Weise angegriffen, sondern auch der Sozialismus überhaupt, indem behauptet wird, die sozialistische Gesellschaftsordnung könne mit einer Diktatur über das Volk in Einklang gebracht werden.

Ein ähnlicher Generalangriff wird auf die ehemals sozialistische DDR und die SED gestartet. Im Programmentwurf heißt es auf Seite 22:

„Mit der Gründung der DDR als Antwort auf die Spaltung Deutschlands sollte im Klassenkampf auf deutschem Boden eine Bastion geschaffen werden, die der Politik der nationalen Einheit und des Kampfs für den Sozialismus dienen sollte. Die DDR hat diese historische Mission nicht erfüllt.“

Jeder ältere Genosse wird dieser Lüge leidenschaftlich entgegentreten. Die DDR war das revolutionäre Hinterland für den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse und der KPD. Die Werktätigen in der DDR und ihre Partei, die SED, unterstützten selbstlos den Kampf ihrer Klassenbrüder materiell und politisch, die DDR bot den Verfolgten Schutz. Glänzender Ausdruck dieser engen Verbundenheit der DDR mit dem Kampf der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und in Westberlin waren die Weltjugendfestspiele 1951.

Die SED wird von den GRF-Führern ebenfalls auf S. 22 des Entwurfs wie folgt verleumdet:

„Die SED war keine im ideologischen Kampf geeinte Partei. Sie war im Gegenteil das Einfallstor für karrieristische, bürgerliche Kräfte jeder Art. Die SED stützte sich nicht fest auf die Arbeiterklasse, sie führte keinen entschlossenen Klassenkampf in der Gesellschaft und in ihren eigenen Reihen. Sie wagte es nicht, die Massen zu mobilisieren und unterstellte sich nicht der Kontrolle der Arbeiterklasse.“

Gewiß war die SED noch eine junge Partei, aber sie vereinte in sich die große revolutionäre Erfahrung der KPD Luxemburgs, Liebknechts und Thälmanns und die aufrechten Teile der SPD, die Seite an Seite mit den Kommunisten gegen den Hitler-

faschismus gekämpft hatten. Die SED war – trotz schwerwiegender rechter Fehler – die Partei der Arbeiterklasse in der DDR und führte die Werktätigen der DDR zunächst bei der Schaffung der volksdemokratischen Ordnung, dann beim Aufbau des Sozialismus.

Auch hier wird mit dem Angriff auf die DDR und die SED das Ziel verfolgt, die Trennungslinie zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus zu verwischen. Besonders verräterisch ist es, daß die GRF-Führer, nachdem sie – würden ihre Behauptungen zutreffen – den bürgerlichen Klassencharakter der DDR „nachgewiesen“ hätten, plötzlich von den „Errungenschaften des sozialistischen Beginns“ reden. Der gleiche hinterhältige Trick wie bei ihrem Angriff auf die sozialistische Sowjetunion. Im Übrigen war gerade an ihrem Beginn die DDR gar nicht sozialistisch, sondern volksdemokratisch. Von diesem Unterschied wird noch zu reden sein.

Der Versuch, zu verhindern, daß Klarheit über die Rolle des modernen Revisionismus entsteht, wird auch daran deutlich, daß die GRF-Führer in ihrem „Programmentwurf“ praktisch überhaupt nicht auf die Entwicklung der KPD nach dem 2. Weltkrieg eingehen. Diese – für den Verlauf der proletarischen Revolution in Westdeutschland äußerst wichtige Entwicklung – wird in dem Kapitel „Die deutsche Monopolbourgeoisie“ (!) in zwei Sätzen abgehandelt:

„Es gelang dem westdeutschen Monopolkapital, eine bürgerliche Einheitspartei, die CDU, zu gründen, und mit Hilfe einer klerikalreaktionären Ideologie der „freien Welt“ den Antikommunismus bis in die Reihen der werktätigen Massen zu tragen und die kommunistische Partei zu isolieren. Verfolgungsmaßnahmen und das Verbot der KPD im Jahre 1956 erfolgten, ohne daß die Arbeiterklasse einheitlich Widerstand geleistet hätte.“

Bezüglich der „bürgerlichen Einheitspartei CDU“ wollen wir es bei der Frage bewenden lassen, ob die SPD oder die FDP zu der Zeit etwa keine bürgerlichen Parteien waren? Wir haben bereits gesehen, daß die Entartung der SPD von den GRF-Führern nicht auf der Grundlage der Entwicklung der inneren Widersprüche in der SPD und anhand des Kampfes zweier Linien analysiert und dargestellt, sondern als Folge des „übermächtigen“ Imperialismus hingestellt worden ist. Die Entwicklung der KPD wird hier ebenfalls ausschließlich als Ergebnis der Politik der Monopolbourgeoisie dargestellt. Die KPD führte nach dem Krieg die Werktätigen der Westzonen im Kampf für die soziale Befreiung und nationale Einheit. In diesen Kämpfen mobilisierte sie Hunderttausende. Sie war so stark, daß die imperialistischen Besatzer und ihre westdeutschen Vasallen mit allen Mitteln des Terrors – zum Teil fuhren Panzer in den Betrieben auf – gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung kämpfen mußten.

Die Ursache, warum die KPD die Massen nicht ausreichend gegen den Terror der Konterrevolution und das Verbot der Partei mobilisieren konnte, war die Tat-

sache, daß innerhalb der KPD, insbesondere innerhalb der KPD-Führung, Kräfte arbeiteten, die vor den Angriffen der Bourgeoisie zurückweichen und die Partei nach rechts zerren wollten. Das zeigte sich auch deutlich an der Führung des „Verbots-Prozesses“. Diese revisionistischen Tendenzen in der KPD wurden durch das Aufkommen des modernen Revisionismus im Weltmaßstab und durch die Tatsache, daß das kapitalistische System in Westdeutschland in eine Periode relativer Stabilität eintrat, begünstigt.

Aber gegen diese revisionistische Linie in der KPD kämpften die Marxisten-Leninisten, die an der proletarischen Linie festhielten. Aufgrund ihres Kampfes waren die Revisionisten noch 1960 gezwungen, die revolutionäre Deklaration des Moskauer Beraters zu propagieren. Nach der Veröffentlichung der „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ verschärfte sich der Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus in der KPD.

Im Juli 1967 erscheint der Rote Morgen, herausgegeben von einer Gruppe Hamburger Marxisten-Leninisten unter Führung des Genossen Ernst Aust, der heute Vorsitzender unserer Partei ist. Der Rote Morgen wurde zum Organisator der Marxisten-Leninisten in der KPD. Im August 1968 wird im Roten Morgen der Programmentwurf des ZK der KPD einer umfassenden marxistisch-leninistischen Kritik unterzogen. Die Analyse schließt mit den Sätzen:

„Fest steht, daß dieses Programm, vom Geiste des Revisionismus geprägt, offener Verrat am Marxismus-Leninismus bedeutet, daß es das schandbarste Dokument ist, das bisher unter dem Namen KPD erschien. Die Verfasser dieser Arbeit haben weder das Recht, im Namen Marx, Engels und Lenins, noch im Namen Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns zu sprechen. Es ist an der Zeit, daß alle Marxisten-Leninisten Westdeutschlands sich sammeln, zusammenschließen und dem KPD-Programm der Kapitulation

vor der Monopolbourgeoisie das revolutionäre Programm einer marxistisch-leninistischen Partei entgegensetzen“

Die Gründung dieser Partei, der KPD/ML, am 31. 12. 1968 war ein großer Sieg über den modernen Revisionismus.

Indem die GRF-Führer diese Entwicklung des Kampfes zweier Linien in der KPD und die Gründung der KPD/ML als ein Sieg der revolutionären Linie über den modernen Revisionismus unter den Tisch fallen lassen, wollen sie nicht nur davon ablenken, daß bereits die Gründung ihrer Organisation ein spalterischer, gegen die bestehende Kommunistische Partei, die KPD/ML, gerichteter Akt war. Sie wollen darüber hinaus, die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung für „gescheitert“ erklären, um die Gründung ihrer Organisation aus der Studentenbewegung zu „legitimieren“. Offen haben sie ja bei der Gründung ihrer Organisation die „führende Rolle der Intellektuellen“ propagiert.

Die D'K'P/'S'EW - Hauptfeind in der Arbeiterbewegung!

In der programmatischen Gründungserklärung unserer Partei heißt es:

„Statt die revolutionäre Tradition der KPD weiterzuführen und den Revisionismus der SED-Führungsschleife zu verurteilen, machte sich die KPD-Führung diese Linie zu eigen. Damit verlor die KPD die Berechtigung, als Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse aufzutreten...Dieser Verrat zeigte sich in noch stärkerem Maße in der Gründung der DKP...Deshalb wurde die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten eine objektive Notwendigkeit.“

Damit ist die Kernfrage angesprochen: Erst die revisionistische Entartung der KPD macht die Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei in Westdeutschland und Westberlin notwendig. Wäre die KPD nicht revisionistisch entartet, hätte noch die Möglichkeit bestanden, in der KPD durch konsequenten ideologischen Kampf die revolutionäre Linie durchzusetzen, hätte jeder Marxist-Leninist die Pflicht gehabt, in der KPD für den Sieg der proletarischen Linie zu kämpfen. Jede Neugründung wäre ein spalterischer Akt gewesen. Unsere Partei hat vor und nach ihrer Gründung die revisionistische Entartung der KPD sorgfältig nachgewiesen.

Die GRF-Führer dagegen halten es nicht für nötig, ein Wort darüber zu verlieren. Ganz davon zu schweigen, daß die GRF-Führer natürlich auch die revisionistische Entartung der KPD/ML zum Zeitpunkt der GRF-Gründung nicht nachweisen, gar nicht nachweisen konnten. Damit bekräftigt dieser „Programmentwurf“ noch einmal die Tatsache, daß die Gründung der GRF ein spalterischer Akt war, der der Arbeiterklasse schadet, weil er einerseits die klare Trennungslinie zum modernen Revisionismus zu verwischen sucht, sich andererseits gegen die bestehende Kommunistische Partei, die KPD/ML, richtet.

Aber nicht nur die Frage, aufgrund

welcher neu entstandenen objektiven Bedingungen die GRF-Gründung legitimiert werden soll, bleibt unklar. Unklar bleibt auch, warum die neue Erarbeitung eines wissenschaftlichen Programms für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse in Westdeutschlands notwendig geworden ist. Denn die revisionistische Entartung der KPD ist nicht nur die entscheidende Bedingung für die Neugründung der Kommunistischen Partei gewesen, das Auftreten des modernen Revisionismus im internationalen und nationalen Maßstab und die Entartung von KPD und SEW, sowie die Gründung der D'K'P werfen auch die entscheidenden Fragen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in unserem Land auf, die in dem wissenschaftlichen Programm der Kommunistischen Partei neu gelöst werden müssen. Ganz in diesem Sinne heißt es im Leninischen Parteiprogramm von 1919:

„Diese Bedingungen (der proletarischen Weltrevolution – RM) können ohne grundsätzlichen, entschiedenen Bruch und erbarmungslosen Kampf mit jener bürgerlichen Entstellung des Sozialismus, die in den Oberschichten der offiziellen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien den Sieg errungen hat, nicht verwirklicht werden.“

Diese Abgrenzung gegen den Revisionismus durchzieht auch das ganze Programm der Kommunistischen Internationale, wo es in der Einführung heißt:

„Die...Spaltung der sozialistischen Bewegung und der weitere Verrat der sozialdemokratischen Parteien...zeigten klar: Das internationale Proletariat kann seine historische Mission... nur im unerbittlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie erfüllen.“

Was bedeutet das für uns heute? Auch für uns gilt, was die albanischen Genossen in der „Geschichte der PdAA“ S. 724 feststellen:

„Der internationale moderne Revisio-

nismus, mit jenem der Sowjetunion als Zentrum, ist ein großer Klassenfeind und die Hauptgefahr für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung. Die PAA hält den Kampf gegen den Revisionismus auf politischem und ideologischem Gebiet für eine unerläßliche Voraussetzung, den Imperialismus erfolgreich zu bekämpfen und den Endsieg der sozialistischen Revolution auf Weltebene zu sichern.“

Diese Lehre, daß der moderne Revisionismus der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung ist, haben z.B. die Kommunistische Partei Indonesiens, die KP der Philippinen (ML) und die KP Spaniens (ML) in ihr Programm aufgenommen und die Abgrenzung zum modernen Revisionismus zur Grundlage gemacht. Ganz im Gegenteil zur Ansicht der marxistisch-leninistischen Weltbewegung vertreten die GRF-Führer offensichtlich die Auffassung, der moderne Revisionismus müsse nicht bekämpft werden. So heißt es auf Seite 25 des „Programmentwurfs“:

„Deshalb stellen sich klassenbewußte Arbeiter, die von der revisionistischen Partei getäuscht werden, auf die Seite der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei Deutschlands.“

Da die D'K'P doch wohl jeden Arbeiter, den sie aufgrund ihrer Demagogie an sich bindet, täuscht, fragt man sich, warum der Einfluß der modernen Revisionisten in den Betrieben eigentlich so relativ groß ist und derzeit noch wächst. Auf Seite 32 im „Programmentwurf“ heißt es:

„Erst recht weiß sie (die Arbeiterklasse – RM) aus der Geschichte, daß durch das Aufstellen umfassender Demokratisierungsforderungen und der Forderung nach „antimonopolistischer Demokratie“ einem Gesellschaftssystem nicht beizukommen ist, dessen Wesen in politischer Reaktion auf der ganzen Linie besteht.“

Entgegen der Auffassung der Marxisten-Leninisten sind die GRF-Führer offensichtlich der Ansicht, daß der moderne Revisionismus nicht bekämpft werden muß, weil die Arbeiterklasse ihn ohnehin durchschaue. Diese Behauptung ist so absurd, daß es sich an sich erübrigen müßte, noch darauf einzugehen. Es ist absolut unzweifelhaft, daß über die Frage "Reform oder Revolution" unter den Werktätigen keineswegs Klarheit besteht. Mit der unvermeidlichen Zuspitzung der Klassenwidersprüche stellen aber immer mehr Kollegen die Frage nach dem Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung. Die D'K'P/'S'EW ist es, die vor diese Kollegen tritt und den friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus propagiert. Ihre Aufgabe ist es, den immer stärker anwachsenden Drang der Massen zum Sozialismus in parlamentarisch-reformistische Bahnen zu lenken, die im revolutionären Aufbruch Stehenden wieder an den Kapitalismus zu ketten. Sie sind die wichtigste Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung. Nur im kompromißlosen

Kampf gegen den modernen Revisionismus kann die proletarische Revolution siegen.

Die GRF-Führer stellen in ihrem Programmentwurf nicht nur die entscheidende Bedeutung des Kampfes gegen den modernen Revisionismus nicht klar, sie täuschen die Arbeiterklasse auch über die Hauptaufgabe der D'K'P/'S'EW, die proletarische Revolution zu verhindern, die Arbeiterklasse mit der Ideologie des "friedlichen Weges zum Sozialismus" ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch zu entwaffnen. Dagegen behaupten sie, die D'K'P/'S'EW sei hauptsächlich eine Agentur der sowjetischen Sozialimperialisten und der neuen Bourgeoisie in der DDR.

Stattdessen geht aus ihren Ausführungen hervor, daß sie die SPD als Hauptfeind in der Arbeiterbewegung betrachten. So wird in den vom 'K'SV herausgegebenen "Materialien zur Programmdiskussion" unter Berufung auf Lenins Programm vom 1919 gefordert, "die Rolle der Sozialdemokratie muß in dem Programm der Kommunisten festgelegt werden." Es heißt

dort auf Seite 12:

"Erst wenn der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Volksmassen zurückgeköpft ist, kann die proletarische Revolution siegreich sein."

Wieviel Borniertheit gehört eigentlich dazu, die SPD von 1919 mit der SPD von 1974 gleichzusetzen? Die SPD, die 1919 von vielen Arbeitern als die revolutionäre Partei angesehen wurde, wird heute von der Arbeiterklasse weder als Teil der Arbeiterbewegung begriffen, noch erwartet sich die Arbeiterklasse von ihr die Führung im Kampf für den Sozialismus.

Wer mit der unsinnigen Behauptung "SPD bleibt SPD" die entscheidende Abgrenzung zum modernen Revisionismus verhindert, wer nicht den unversöhnlichen Kampf gegen den modernen Revisionismus und die Verteidigung des Marxismus-Leninismus zur Grundlage der Programmdiskussion macht, der muß zwangsläufig in wichtigen Fragen vom Marxismus-Leninismus abweichen und revisionistische Positionen beziehen. Das werden wir im folgenden an zentralen Punkten nachweisen.

Der Imperialismus wird verharmlost

Der "Programmentwurf" beginnt mit dem Versuch einer allgemeinen Darstellung des Imperialismus. Aber schon bei der Erläuterung der Entwicklungsgesetze des Kapitalismus fehlt Wesentliches, um die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu beweisen.

Es fehlt bereits die klare Benennung des Grundwiderspruchs jeder kapitalistischen Gesellschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und dem privaten Charakter der Aneignung, in dem ganzen Abschnitt steht auch kein Wort über die aus den inneren Widersprüchen des Kapitalismus folgende Notwendigkeit ökonomischer Krisen, Massenarbeitslosigkeit und absoluter Verelendung der Massen. Ebenfalls wird in diesem Zusammenhang auch nicht die Ruinierung immer breiterer Teile des Kleinbürgertums als notwendiger Prozeß aufgezeigt. Stattdessen palavern die GRF-Führer nur allgemein von der „Zunahme der Ausbeutung“, dem "Wachsen der Masse des Elends". (S.9).

Sind das theoretische Spitzfindigkeiten? Sind die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus so selbstverständlich, daß sie nicht ausdrücklich genannt zu werden brauchen? Die modernen Revisionisten sind es, die gerade in diesem Punkt den Kapitalismus seit jeher beschönigen und idealisieren. Mit der Leugnung der Notwendigkeit der Krisen, der Verelendung der Massen versuchen sie, die unheilbaren Fehler und Geschwüre des kapitalistischen Systems und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu vertuschen. Auch hier sehen wir die GRF-Führer in den Fußstapfen der D'K'P/'S'EW-Revisionisten.

Der Versuch der Versöhnung des Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus wird noch deutlicher bei der Darstellung des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus. Unter den Tisch fallen lassen die GRF-Führer das Gesetz von der ungleichmäßigen wirtschaftlichen und po-

litischen Entwicklung der imperialistischen Mächte. Auf seiner Grundlage haben Lenin und Stalin die Möglichkeit und die Notwendigkeit des Sieges der sozialistischen Revolution in einem Land theoretisch und praktisch nachgewiesen. Wer diese Frage wie die GRF-Führer einfach wegläßt, gleichzeitig — wie wir noch sehen werden — die Bedeutung der sozialistischen Länder für die Weltrevolution nicht klar macht, leistet damit der Ansicht der Trotzkisten Schützenhilfe, die die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Land leugnen.

Aus dem Gesetz der ungleichen Entwicklung folgt auch die Unvermeidbarkeit imperialistischer Kriege. Lenin kennzeichnet den staatsmonopolistischen Kapitalismus als "Militärzuchthaus für Arbeiter" und wies wissenschaftlich nach, daß Imperialismus Krieg bedeutet und zwar nicht nur als "letztes Mittel bei der Austragung ihrer Konkurrenz", wie es uns die GRF-Führer auf Seite 11 ihres "Programmentwurfs" weismachen wollen, sondern als Zwang zur Neuaufteilung der Welt, als "Streben beliebige Länder zu annektieren" (Lenin).

Das heißt für die Kommunistische Partei und ihr Programm: Der Kampf gegen den Militarismus und die imperialistische Kriegsgefahr wird zur besonders wichtigen Aufgabe. So ist es im Programm der Kommunistischen Internationale ausgeführt und die KPD/ML hat diese Aufgabe seit ihrer Gründung konsequent erfüllt. Im "Programmentwurf" der GRF gibt es den Militarismus überhaupt nicht, von seiner Bedeutung im Kampf für die sozialistische Revolution ist nirgendwo die Rede, ganz zu schweigen von der richtigen Stoßrichtung dieses Kampfes: Krieg dem imperialistischen Krieg.

An einem Punkt geht der Entwurf auf die imperialistische Kriegsgefahr ein: Gegenüber den sozialistischen Ländern bestehe diese Gefahr (S. 12), sie "sehen sich der ständigen Drohung eines Überfalls

durch die imperialistischen Hauptmächte ausgesetzt" (S.16), Gegenüber den "unterentwickelt gehaltenen Ländern" wird die Möglichkeit eines Krieges angedeutet: Auf S.12 ist von "Völkermord" und der "Beteiligung an der militärischen Unterdrückung der Volksmassen dieser Länder" die Rede. Aber Kriegsvorbereitungen und Kriegsgefahr zwischen den imperialistischen Ländern werden von den GRF-Führern in dem ganzen "Programmentwurf" nicht erwähnt. Damit stellen sich die GRF-Führer in die Tradition des Kautskyschen "Ultraimperialismus". Kautsky behauptete ebenfalls, die industriellen Länder würden "bevorzugt agrarische" Länder annektieren. Schon 1919 wies Lenin darauf hin:

"Diese Definition ist theoretisch durch und durch falsch. Die Besonderheit des Imperialismus ist die Herrschaft eben nicht des Industrie-, sondern des Finanzkapitals, eben nicht Agrarländer, sondern beliebige Länder zu annektieren. Sinn und Zweck dieser theoretischen Verfälschungen läuft einzig und allein darauf hinaus, die tiefsten Widersprüche des Imperialismus zu vertuschen." (Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus.) Ebenso hat Genosse Stalin die nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg aufgenommene Ansicht scharf bekämpft, daß Kriege zwischen den kapitalistischen Ländern nicht mehr unvermeidlich seien. (vgl. Werke, Bd.17, S.284).

In dem "Programmentwurf" wird also nicht nur Lenins Lehre mißachtet, wo nach "für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte um Hegemonie" ist, sondern auch die Einschätzung der Marxisten-Leninisten in der Welt gelehnet, wonach die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges besteht und gegenwärtig besonders von der Konkurrenz der beiden Supermächte in ihrem Streben nach Weltherrschaft ausgeht. Es kennzeichnet die Ernsthaftigkeit der Programmschreiber, wenn sie das Zitat

des Genossen Mao Tsetung über die Gefahr eines Weltkrieges und die Haupttendenz in der Welt aus diesem Zusammenhang reißen, um es als Beleg für ihre Beschränkung der Kriegsgefahr auf die imperialistischen Aggressionen gegen sozialistische Länder zu verwenden.

Die imperialistische Kriegsgefahr am entscheidenden Punkt und den Militarismus überhaupt nicht zu bekämpfen, ist nicht nur eine offene Abkehr vom Marxismus-Leninismus, sondern damit dienen die GRF-Führer dem Imperialismus und den modernen Revisionisten, die alles versuchen, die Wachsamkeit der Völker im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr einzuschläfern.

In dem ganzen Kapitel „Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialistischen Revolution“ fällt kein Wort über die Rolle und die Bedeutung des Staates. Auch wer das „mensenfeindliche System“ anprangert und den „Sturz des Imperialismus“ fordert, hat kein Recht, sich Marxist-Leninist zu nennen, wenn er die Rolle des Staates im Imperialismus mit Schweigen übergeht. Hat nicht Lenin in „Staat und Revolution“, einem seiner wichtigsten Werke, die Staatstheorie des revolutionären Marxismus gegen alle revisionistischen Verfälschungen

verteidigt und nachgewiesen:

„Insbesondere aber weist der Imperialismus, d. h. die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der ‚Staatsmaschinerie‘ auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparates in Verbindung mit einer Verstärkung der Repressivmaßnahmen gegen das Proletariat...“ (Staat und Revolution).

Bereits in der Roten Fahne Nr. 16/74, S. 8 haben die GRF-Führer die Behauptung aufgestellt, Lenin hätte „den Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf ganz bestimmte Situationen der kapitalistischen Entwicklung bezogen – so vor allem auf den imperialistischen Krieg“. Damit leugnen sie die Allgemeingültigkeit dieser Lehre.

Wer aber die Tatsache, daß der imperialistische Staat unmittelbarer als der Staat im Konkurrenzkapitalismus der Durchsetzung der Interessen der Monopolbourgeoisie dient, wer leugnet, daß der imperialistische Staat verschärfte Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen bedeutet, der ebnet den modernen Revisionisten den Weg, die gerade an dieser Frage mit ihren „Theorien“ über

den „friedlichen Übergang“, über die „anti-monopolistische Demokratie“ usw. ansetzen.

Zur Rolle des Staates nehmen die GRF-Führer nur in dem Kapitel „Der Weg der proletarischen Revolution“ Stellung. Zwar stellen die GRF-Führer allgemein fest, daß „der bürgerliche Staatsapparat das Instrument der Durchsetzung ihrer Interessen ist“. Aber mit keinem Wort gehen sie auf die wichtigste Funktion des imperialistischen Staatsapparates ein: daß der Staat als organisierte Macht der Kapitalistenklasse die Aufgabe hat, die Arbeiterklasse gewaltsam niederzuhalten. Kein Wort über die Aufgaben von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr als Bürgerkriegstruppen. Kein Wort verlieren die GRF-Führer über die Tatsache, daß die Imperialisten erneut die Faschisierung ihres Staatsapparates vorantreiben, um erneut eine offen terroristische, faschistische Diktatur über die Arbeiterklasse zu errichten, um ihre Herrschaft vor dem Ansturm der proletarischen Revolution zu retten. Stattdessen breiten sie die Innereien der Bourgeoisie aus (Korruption, Vetternwirtschaft usw.). Dafür gibt es nur eine Erklärung: sie wollen von der Notwendigkeit der gewaltsamen proletarischen Revolution ablenken.

Die besonderen Bedingungen der proletarischen Revolution in unserem Land werden falsch dargestellt

Als wichtigste Besonderheit der proletarischen Revolution in Westdeutschland wird von den GRF-Führern die Rolle der Sozialdemokratie angeführt. Wir sind auf diese Frage bereits eingegangen und haben gezeigt, daß die GRF-Führer mit dieser absurden Theorie das Ziel verfolgen, von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den modernen Revisionismus abzulenken. Was aber ist die wichtigste Besonderheit der proletarischen Revolution in unserem Land? In der Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage heißt es dazu auf Seite 3:

„Die Besonderheit, die die Deutsche Bundesrepublik, die DBR, wie auch die Deutsche Demokratische Republik, die DDR, gemeinsam haben, ... ist die willkürlich herbeigeführte Teilung Deutschlands in zwei Staaten einer Nation; ist die Besetzung dieser beiden Staaten durch die Truppen ausländischer imperialistischer Mächte und ihre Bindung an verschiedene aggressive, militärische Bündnisssysteme, die unter der Oberhoheit der US-Imperialisten stehende Nato und den von dem sowjetischen Sozialimperialismus beherrschten Warschauer Pakt; ist die ungelöste Frage unserer, der deutschen Nation.“

Die nationale Frage taucht in dem „Programmwurf“ der GRF-Führer zwar auf, wird aber völlig falsch und ohne jeden konkreten Zusammenhang mit dem Weg der proletarischen Revolution in unserem Land dargestellt.

Der westdeutsche Imperialismus wird – was natürlich richtig ist – als expandierender Imperialismus dargestellt, aber seine wichtige Besonderheit, die Ab-

hängigkeit vom US-Imperialismus, wird geleugnet. Kein Wort über den Einfluß amerikanischen Kapitals, kein Wort über die US-Besatztruppen und über die Bedeutung des Kampfes gegen sie.

In Bezug auf die neue Bourgeoisie in der DDR wird von den GRF-Führern erwähnt, sie „stütze sich politisch und militärisch auf die sowjetischen Sozialimperialisten“, geleugnet wird, daß die Honneckerclique Vasallen der sowjetischen Sozialimperialisten sind. Kein Wort über die Besetzung der DDR durch die Truppen des Sozialimperialismus, stattdessen wird die DDR als „Gendarm der Sozialimperialisten, der über die Einheit des vom Sozialimperialismus beherrschten Lagers wacht“ bezeichnet (S.23). Was die GRF-Führer versuchen, ist, zu vertuschen, daß sich auf deutschem Boden die beiden Supermächte bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehen. Um ihre revisionistischen Illusionen über den „friedlichen Imperialismus“ zu retten, täuschen sie die Werktätigen in unserem Land über die große Gefahr, daß von dieser Konfrontation der beiden Supermächte die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges ausgeht, in dessen Zentrum unser Land stehen würde.

Auf der gleichen Linie der Verbreitung von Illusionen des „friedlichen Imperialismus“ liegt die Tatsache, daß die GRF-Führer kein Wort über die revanchistischen Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus verlieren. Ohne die Aggression gegen andere Länder deshalb auszuschließen, hat das westdeutsche Finanzkapital das Ziel der „Wiedervereinigung“ in seinem Sinne, der militärischen Rückeroberung der DDR, keineswegs aufgege-

ben, auch wenn es momentan diese Pläne wegen der relativen Schwäche des westdeutschen Imperialismus gegenüber den beiden Supermächten nicht realisieren kann. Die GRF-Führer halten also offensichtlich an der von ihnen bereits im Rechenschaftsbericht zur 4. Parteikonferenz S.41 geäußerten revisionistischen Ansicht fest:

„Die Strategie (!-RM) des westdeutschen Monopolkapitals gegenüber den revisionistisch beherrschten Ländern Osteuropas besteht nicht in militärischer Aggression.“

Und auch die von ihnen einst propagierte Ansicht, die „Neue Ostpolitik“ „vermindere die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen“ (vgl. Rote Fahne vom 10.3.72) mögen sie zumindest in ihren „theoretischen Grundlagen“ nicht völlig über Bord werfen. So heißt es im „Programmwurf“ S.23:

„Gegenüber dem BRD-Imperialismus steht die neue Bourgeoisie der DDR solange im scharfen Gegensatz, wie sie durch ihn ihre eigene Existenzgrundlage bedroht sieht.“

Folglich braucht nur eine „richtige Friedenspolitik“ gemacht werden, dann sieht die neue Bourgeoisie sich nicht mehr bedroht und es kann mit der „Etnspannung“ losgehen.

An keiner Stelle des „Programmwurfs“ wird eindeutig die Existenz der deutschen Nation festgestellt. So wenig wie dem Revanchismus der westdeutschen Imperialisten, wird dem nationalen Verrat der modernen Revisionisten entgegengetreten. Schon gar nicht ist von dem Wunsch

des deutschen Volkes nach nationaler Einheit die Rede. Darum sind die GRF-Führer auch nicht in der Lage, die enge Verbindung des Kampfes um die nationale Einheit mit dem sozialen Befreiungskampf der Arbeiterklasse konkret aufzuzeigen, wie es das Zentralkomitee unserer Partei in seiner Erklärung zur nationalen Frage gemacht hat.

Im Kampf für die nationale Einheit, gegen die Besatzungsmächte in Ost und West reiht das deutsche Volk sich ein in die weltweite Kampffront gegen die Supermächte. Der nationale Verrat der westdeutschen Imperialisten und der neuen Bourgeoisie in der DDR zeigt, daß es nur einen Weg zur nationalen Einheit Deutschlands gibt. In der ZK-Erklärung heißt es

auf Seite 43:

„Deshalb kann der Weg zur nationalen Einheit nur über die Vertreibung aller Besatzungsmächte von deutschem Boden und den revolutionären Sturz ihrer Lakaien und Bündnispartner in Ost- und Westdeutschland erfolgen.“

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“

Selbst dieser Satz, mit dem die Kommunisten seit dem Erscheinen des kommunistischen Manifests der bürgerlichen, idealistischen Geschichtsauffassung entgegentreten, wird von den GRF-Führern praktisch geleugnet. Bevor wir genauer darauf eingehen, wollen wir – eigentlich eher als Kuriosität – feststellen, daß die GRF-Führer sich noch nicht einmal trauen, klar zu sagen, daß zumindest die Bourgeoisie nur durch die gewaltsame Revolution zur Herrschaft gelangen konnte. Auf S.9 des „Programmtextes“ schreiben die GRF-Führer:

„Die bürgerliche Gesellschaft ist aus der Auflösung des Feudalsystems hervorgegangen.“

Als schwerwiegender Versuch, den Fortschritt der sozialistischen Weltrevolution zu leugnen, muß die Tatsache gewertet werden, daß die GRF-Führer die sozialistischen Länder nur als Objekte imperialistischer Aggression erwähnen. (vgl. „Programmtext“ S.12). Die überaus wichtige Rolle, die die sozialistischen Länder, insbesondere die VR China, das Bollwerk der Weltrevolution und die VR Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa, für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und der Arbeiterklasse aller Länder erfüllen, wird von den GRF-

Führern geleugnet, indem sie behaupten, die Feindschaft der Imperialisten gegen die sozialistischen Länder sei lediglich in der Tatsache begründet, daß diese Länder der „praktische Beweis für die geschichtliche Überfälligkeit des Imperialismus“ seien. In der Hauptsache gilt der Haß der Imperialisten aber der Tatsache, daß die sozialistischen Länder Bastionen der Weltrevolution sind, daß sie den Befreiungskampf der Völker und des internationalen Proletariats ideologisch, politisch und materiell in großartiger Weise unterstützen.

Selbst die Oktoberrevolution wird von den GRF-Führern in der Hauptsache unter der Überschrift „Der Sozialimperialismus“ abgehandelt, auf jeden Fall immer mit der Restaurierung des Kapitalismus.

Was sich hier äußert, ist der Versuch der GRF-Führer, die Geschichte der Arbeiterbewegung als die Geschichte von Niederlagen darzustellen. Wir haben bereits am Anfang nachgewiesen, daß sie z.B. die Gründung der KPD, der DDR usw. nicht als Sieg, sondern als Niederlage dargestellt haben. Diese zutiefst kleinbürgerliche Haltung wird besonders in zwei Zitaten deutlich:

„... der Wunsch nach Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrückung... ist stets wieder zum Schweigen gebracht

worden.“ (S.18)

und:

„Lange Zeit sieht es so aus, als ob die Bourgeoisie stets das Gesetz des Handelns in der Hand hat.“ (S.34)

Das mag für Kleinbürger so aussehen, die ihre schwankende Haltung jahrelang mit „Theorien über die völlige Entpolitisierung und Manipulation“ kultiviert haben, um sich nun, nachdem die Arbeiterbewegung ihrer Ansicht nach spätestens mit dem Verbot der KPD 1956 ihre totale Niederlage erlitten hat, mit einem idealistischen Kraftakt dem Lauf der Geschichte als „Organisator aller Siege“ entgegenzustellen. Wir möchten dem Selbstgefühl der GRF-Führer keineswegs zu nahe treten, aber der Kampf der unterdrückten Klassen ist in der Geschichte niemals zum Schweigen gebracht worden. Im Gegenteil: Ihr Kampf hat stets mit dem Sieg, mit der Eroberung der politischen Macht geendet. Und die bisherige Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung beweist die Gültigkeit dieses Entwicklungsgesetzes der Geschichte glänzend. Die GRF-Führer dagegen leugnen den spontanen Drang der Massen zum Sozialismus und sie leugnen die Feststellung des Genossen Mao Tse-tung, daß das Volk und nur das Volk die Triebkraft der Geschichte ist.

Die sogenannte Klassenanalyse - revisionistische und trotzkistische Verfälschung der Wirklichkeit

Jedes wissenschaftliche Programm, das der Arbeiterklasse den Weg der proletarischen Revolution weisen soll, muß eine sorgfältige Klassenanalyse enthalten, die Antwort auf die Frage nach der Stärke der Bataillone der Revolution und der Konterrevolution geben muß: welche Klassen und Schichten der Bevölkerung können auf Grund ihrer objektiven Klasseninteressen für die proletarische Revolution als Bündnispartner der Arbeiterklasse gewonnen werden, welche werden sich im Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie neutral verhalten, welche müssen als Feinde der Arbeiterklasse bekämpft werden? Wir wollen an einigen Punkten – ohne an dieser Stelle auf alle Probleme eingehen zu können – erläutern, warum die von den GRF-Führern in ihrem „Programmtext“ präsentierte „Klassenanalyse“ auf diese Fragen keine korrekte Antwort gibt, sondern Verwirrung stiftet, weil sie nicht von der materialistischen Analyse der Klassen und Schichten ausgeht, sondern von revisionistischen und trotzkistischen Lügen.

So führen die GRF-Führer auf S. 28

aus, daß die Arbeiterklasse besonders im Großbetrieb in „qualifizierte und unqualifizierte, deutsche und ausländische Arbeiter, Männer und Frauen, junge und erwachsene Arbeiter“ gespalten sei, um dann fortzufahren:

„Die Zugehörigkeit zu besser bezahlten Schichten der Arbeiterklasse führt nicht zwangsläufig dazu, daß diese Arbeiter sich auf die Seite der Bourgeoisie stellen.“

Es liegt auf der Hand, daß hier die GRF-Führer die Spaltung der Arbeiterklasse betreiben. In Wirklichkeit wird nur der ganz geringe Teil der Arbeiterklasse, den Lenin als Arbeiteraristokratie bezeichnet (also hauptsächlich freigestellte Bonzen, Meister usw.) von der Bourgeoisie bestochen und stellt sich gegen die Arbeiterklasse. Ganze Schichten des Proletariats potentiell an die Seite des Klassenfeindes zu stellen, ist konterrevolutionär.

Andererseits sprechen die GRF-Führer von der einheitlichen Schicht der „Werk tätigen in Büro und Verwaltung“, die unterschiedslos dem Proletariat zugeordnet wird. Damit täuschen uns die GRF-

Führer eine bekannte Lüge der modernen Revisionisten auf. Eine einheitliche Schicht der „Werk tätigen in Büro und Verwaltung“ gibt es nicht.

Die unteren Angestellten gehören zur Arbeiterklasse, die mittleren und höheren Angestellten gehören zum Kleinbürgertum, von dem der größte Teil – vor allem der untere – als Bündnispartner gewonnen werden kann, ein Teil sich neutral verhalten wird, aber ein Teil – vor allem der höheren Angestellten und Beamten – als Lakaien der Bourgeoisie bekämpft werden müssen.

Trotzkistisch ist der Versuch, die Bedeutung der Bauern als Bündnispartner des Proletariats herabzumindern, indem behauptet wird, sie stellten heute im Gegensatz zu früher keine eigenständige Klasse mehr dar. Tatsache ist, daß in den bisher vorliegenden korrekten Klassenanalysen die Bauern teilweise der Klasse des „Kleinbürgertums in Stadt und Land“ zugeordnet, teilweise als extra Klasse geführt werden. Eine qualitative Veränderung aber ist in dieser Frage keineswegs erfolgt. Außerdem zeigen die GRF-Führer schon dadurch

die „Ernsthaftigkeit“ ihrer Haltung zur Bauernfrage, daß sie unter den Bauern keine weitere Schichtung mehr angeben. Welches Klasseninteresse sollen denn der ruinierte Kleinbauer oder der Landarbeiter

mit dem Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten gemein haben?

Wir können nicht weiter darauf eingehen, daß ganze Teile der Mittelschichten unter den Tisch fallen, daß bei der Zuordnung

der Intelligenz mit einer völlig idealistischen Fragestellung herangegangen wird usw. Das bisher Gesagte zeigt zur Genüge, daß diese sogenannte Klassenanalyse voller trotzkistischer und revisionistischer Verfälschungen der Wirklichkeit steckt.

GRF-Führer auf dem Weg zur Volkspartei

„Arbeitereinheit – Volkseinheit“ – so heißt die Zauberformel der GRF-Führer. In Wirklichkeit ist das Gerede von der Volkseinheit ein Angriff auf die führende Rolle der Arbeiterklasse. Die Kommunistische Partei kämpft für die Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage. Dabei wendet sie die Taktik der proletarischen Einheitsfront an. Die GRF-Führer reden in diesem Zusammenhang bezeichnenderweise nur von der Aktionseinheit der Kommunistischen Partei mit bürgerlichen Parteien. Darüber hinaus arbeitet die Kommunistische Partei in allen Schichten des werktätigen Volkes, um möglichst breite Teile der nichtproletarischen Werktätigen als Bündnispartner an die Seite der Arbeiterklasse zu führen. Sie wird ihren Kampf stets darauf ausrichten, daß die führende Rolle der Arbeiterklasse im Klas-

senkampf gewahrt bleibt. Sie ist die Partei der Arbeiterklasse.

Die GRF-Führer schreiben auf Seite 31:

„Die Herstellung des einheitlichen revolutionären Klassenwillens der Arbeiterklasse und Werktätigen ist ein langer, von oftmaligen Rückschlägen begleiteter Prozeß der Erfahrungen im Klassenkampf, der auch mit der Eroberung der politischen Macht noch nicht abgeschlossen sein wird.“

Ganz im Gegenteil hätten die GRF-Führer bei Lenin nachlesen können, daß ganze Schichten des werktätigen Volkes erst nach der Revolution als Bündnispartner gewonnen werden können:

„Diese Schichten der Werktätigen (halbproletarische, halbkleinbürgerliche,

unbewußte proletarische – RM) und Ausgebeuteten bilden für die Vorhut des Proletariats Verbündete, in deren Verein es eine feste Mehrheit der Bevölkerung besitzt. Doch kann das Proletariat diese Verbündeten bloß mittels einer solchen Waffe wie der Staatsmacht gewinnen, d. h. erst nach dem Sturz der Bourgeoisie und der Zertrümmerung des bürgerlichen Staatsapparates.“ (Lenin, Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats).

Das „Volkseinheitsgerede“ ist ein Angriff auf die führende Rolle der Arbeiterklasse und ein reformistischer Trick, die proletarische Revolution bis zur „Herstellung des einheitlichen Klassenwillens aller Werktätigen“, also bis auf St. Nimmerlein, zu verschieben.

Der Weg der GRF-Führer ist nicht der Weg der proletarischen Revolution!

Wir haben bereits mehrfach nachgewiesen, daß die GRF-Führer sich nach Kräften bemühen, von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution abzulenken. Zum demokratischen Kampf schreiben die GRF-Führer auf S. 32 ihres Programm-entwurfs:

„... ist sie (die Arbeiterklasse – RM) die Vorkämpferin der demokratischen Forderungen der Volksmassen.

Die Arbeiterklasse tritt für demokratische Reformen ein, lehnt aber alle „Reformen“ ab, die unter dem Deckmantel der Demokratisierung lediglich zur Stärkung des imperialistischen Staatsapparats und zu einer weiteren Verschmelzung der Gewerkschafts- und Sozialbürokratien mit dem bürgerlichen Staat führen.“

Was die GRF-Führer leugnen, ist die Tatsache, daß der Kampf für demokratische Forderungen dem Kampf für den Sozialismus untergeordnet werden muß.

In ganzen drei Sätzen und einem Marx-Zitat behandeln die GRF-Führer in dem Abschnitt „Die revolutionäre Krise“ auf S. 34 die Notwendigkeit der proletarischen Revolution:

„Die Arbeiterklasse sucht nicht die Gewalt. Aber die Erfahrungen der Ge-

schichte der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung lehren: in der Krise wird die herrschende Klasse dem Ansturm des Proletariats nicht freiwillig weichen. Sie muß mit revolutionärer Gewalt niedergeschlagen werden.“

Hat nicht auch Allende vor dem faschistischen Putsch immer wieder betont, man wolle den Bürgerkrieg nicht, aber wenn der Imperialismus ihn vom Zaune bräche, würde man ihn gewaltsam niederschlagen? In der Stunde der Errichtung der faschistischen Diktatur nützt das Geschrei nach „revolutionärer Gewalt“ nichts, wenn man vorher die Vorbereitung der Arbeiterklasse auf die gewaltsame Revolution mit der Phrase „Die Arbeiterklasse sucht nicht die Gewalt“ verhindert hat.

Weil es eine fundamentale Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus ist, daß die gewaltsame proletarische Revolution der einzige Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse ist, sucht das Proletariat die revolutionäre Stunde und sehnt die Stunde der proletarischen Revolution herbei, weil sie das Ende der Lohnsklaverei und Knechtschaft bedeutet. Und der hat nicht das geringste Recht, sich Kommunist oder gar Kommunistische Partei zu nennen, der,

statt die Arbeiterklasse in diesem Geist zu erziehen, in dieser Frage Zweifel und Unsicherheit verbreitet. Lenin schreibt dazu in „Staat und Revolution“:

„Die Notwendigkeit, die Massen in diesen, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der gesamten Lehre von Marx und Engels zugrunde.“

Das Programm der Kommunistischen Partei muß klar die Notwendigkeit der Bewaffnung der Arbeiterklasse aufzeigen. Es muß die möglichen Formen der gewaltsamen Erhebung der Arbeiterklasse aufzeigen. Von alledem kein Wort bei dem „Programm-entwurf“ der GRF-Führer. Die chinesischen Genossen stellen fest, daß

„die Wasserscheide zwischen dem Marxismus einerseits und dem Opportunismus und Revisionismus aller Schattierungen andererseits ... seit eh und je dort verläuft, wo es darum geht, ob die gewaltsame Revolution als allgemeines Gesetz der proletarischen Revolution anerkannt wird oder nicht.“ (Polemik, Peking 1965, S. 409).

Die GRF-Führer zeigen klar, auf welcher Seite der Wasserscheide sie stehen.

Die Angst der GRF-Führer vor der Diktatur des Proletariats

Gegen den Begriff „Diktatur des Proletariats“ haben die GRF-Führer offensichtlich etwas und wir werden sehen, daß sich diese Feindschaft nicht nur gegen das Wort richtet. Stattdessen ziehen sie den Begriff der „Volksdemokratie“ vor und behaupten, er sei gleichbedeutend mit dem, was Marxisten-Leninisten sozialistische oder proletarische Demokratie nen-

nen. Auf Seite 35 schreiben sie:

„Er (der proletarische Staat – RM) bringt zum ersten Mal Demokratie für das Volk – Volksdemokratie.“

Für Marxisten-Leninisten aber ist „Volksdemokratie“ der Staat einer eigenständigen Etappe der Revolution. In der volksdemokratischen Revolution wird nicht der Kapitalismus insgesamt gestürzt,

sondern zum Beispiel nur die ausländischen Imperialisten und die einheimische Kompradorenbourgeoisie, während die nationale Bourgeoisie nicht enteignet wird. In der DDR wurden im Zuge der unter dem Schutz der Sowjetunion durchgeführten volksdemokratischen Revolution nur das für den Hitlerfaschismus verantwortliche Finanzkapital und andere Teile der Bour-

geisie, die sich während des Faschismus besonderer Verbrechen gegen das Volk schuldig gemacht hatten, enteignet und unterdrückt. Der verbleibende Kapitalismus wird reguliert. Es gibt aber beispielsweise durchaus noch Millionäre. Allerdings ist die volksdemokratische Revolution mit der sozialistischen eng verbunden.

Warum bestehen die GRF-Führer, obwohl ihnen dieser Sachverhalt zweifellos bekannt ist, so auf dem Begriff der „Volksdemokratie“ und warum haben sie ihn sogar zur hauptsächlichen Parole ihrer Organisation gemacht, wenn es um die Benennung des gegenwärtigen Etappenziels der proletarischen Revolution in unserem Lande geht? Sie betonen die Seite der Demokratie und der Bündnispartner des Proletariats aus den anderen werktätigen Volksschichten, um davon abzulenken, daß das Proletariat in der sozialistischen Revolution die politische Macht erobert, um die Diktatur über alle Klassenfeinde auszuüben. Sie wollen Lenin damit an zentraler Stelle revidieren:

„Die Klasse, die die politische Herrschaft erobert hat, tut das in dem Bewußtsein, daß sie sie allein übernimmt.“ (vgl. Stalin, Fragen des Leninismus, Seite 143).

Mit welch unguten Gefühlen die GRF-Führer der Diktatur des Proletariats entgegensetzen, mag folgende Passage des „Programmwerfs“ illustrieren (S. 36):

„Den Kommunisten begegnet von Seiten klassenbewußter Arbeiter der Einwand: Ihr wollt die Herrschaft einer Partei über die Arbeiterklasse errichten.“

Es ist durchaus richtig, daß auch Kollegen diesen Einwand vorbringen, allerdings sind es eben nicht gerade die besonders klassenbewußten, sondern die Kollegen, die noch sehr stark in parlamentarischen Illusionen befangen sind. Typisch ist dieser Einwand allerdings für „klassenbewußte“ Kleinbürger.

Und die GRF-Führer lassen in der Tat nichts unversucht, um Verwirrung über das Wesen der Diktatur des Proletariats zu stiften. So heißt es im Programmentwurf auf Seite 36:

„In den Klassenkämpfen des Weltproletariats seit der Pariser Kommune hat die Arbeiterklasse verschiedene Formen proletarischer Machtausübung entwickelt: Die staatlichen und gesellschaftlichen Räte, die gesetzgebende und vollziehende Gewalt in einem sind und deren Mitglieder ebenso wie die Volksrichter gewählt und jederzeit absetzbar sind, die Organisation des bewaffneten Volkes und die Volksarmee, die proletarische Schule und die proletarische Universität, wo Wissenschaft und Ausbildung im Dienste des Volkes stehen.“

Es wird der Eindruck erweckt, als seien Räte, Volksarmee, proletarische Schule und Universität „verschiedene Formen proletarischer Machtausübung“ und nicht insgesamt notwendige Bestandteile, die verschiedenartige Formen annehmen können. Da müssen wir die GRF-Führer leider enttäuschen: die „freie Wahl zwischen Räte-macht und Universität“ haben sie im Sozialismus leider nicht. So viel „Volksdemokratie“ ist nicht drin.

Die Feindschaft der GRF-Führer gegen die Diktatur des Proletariats wird im Folgenden noch deutlicher. So heißt es auf S. 37:

„Die enge Verbindung der proletarischen Machtorgane mit der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk entkleidet die Staatsfunktionäre ihres parasitären Charakters.“

Was soll denn das heißen? Die Funktionäre des Kapitalistenstaates haben zwar zweifelsfrei parasitären Charakter, aber sie werden dieses Charakters dadurch entkleidet, daß sie im Sozialismus in die Produktion eingereiht werden. Die Funktionäre des sozialistischen Staates aber haben keinen parasitären Charakter, weil sie Funktionäre des Staates der Arbeiterklasse sind, der Klasse, die alle Reichtümer der Gesellschaft schafft. Folglich gibt es nichts zu entkleiden. Es sei denn, die GRF-Führer sind frei nach Marcuse der Ansicht, daß jeder Staat parasitären Charakter hat. Ebenfalls auf Seite 37 heißt es weiter:

„Die gesellschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, Machtorgane auf Fabrikebene, die Organisationen des werktätigen Volkes auf der Ebene der Wohnbezirke – sie alle üben Macht aus, die bislang der Staatsapparat monopolisierte.“

Wieder ist vom bösen Staatsapparat die Rede, ohne daß auf seinen Klassencharakter eingegangen wird. Die GRF-Führer fürchten die Macht der Arbeiterklasse offensichtlich nicht weniger als die Macht der Kapitalistenklasse.

Und weiter geht's im Text:

„In der Vergesellschaftung der Sozialbürokratie und der sozialen Versorgung, Teilen der Rechtssprechung und der öffentlichen Verwaltung, in der Vergesellschaftung der bewaffneten Macht durch Betriebskampfgruppen, Milizen und Roten Garden der Jugend zeigt sich von Anfang an die kommunistische Zukunft der proletarischen Diktatur.“

Welche Sozialbürokratie soll vergesellschaftet werden? Die kapitalistische Sozialbürokratie wird in der proletarischen Revolution mit dem gesamten imperialistischen Staatsapparat zerschlagen. Im prole-

tarischen Staat treten zwar auch bürokratische Tendenzen auf, aber die werden mitnichten „vergesellschaftet“, sondern kompromißlos bekämpft. Wer die unmittelbare Machtausübung der Arbeiterklasse im schroffen Gegensatz zum proletarischen Staat sieht, mag ein Trotzist, ein Anarchist oder sonst was sein, ein Kommunist ist er jedenfalls nicht. Übrigens deuten Betriebskampfgruppen und Milizen auch keineswegs auf die kommunistische Zukunft hin, weil dergleichen im Kommunismus gar nicht mehr existiert, da es ja bekanntlich keine Klassen mehr geben wird.

Nachdem die GRF-Führer sich so als Feinde der Diktatur des Proletariats entlarvt haben, nimmt es auch nicht wunder, daß sie auf Seite 38 unverfroren die von Bucharin und den Rechten in der Sowjetunion ausgeheckte „Selbstverwaltung der Produzenten“ einführen, die die jugoslawischen Revisionisten unter dem Beifall aller Trotzlisten vergeblich wieder aufgewärmt haben.

Zusammenfassend muß festgestellt werden: der „Programmwurf“ der GRF-Führer versucht in allen entscheidenden Fragen des Weges und des Zieles der proletarischen Revolution den Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus zu versöhnen. Er weist nicht den Weg der proletarischen Revolution auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern stellt den – allerdings zum Scheitern verurteilten – Versuch der GRF-Führer dar, sich der proletarischen Revolution in den Weg zu stellen.

Der Weg der proletarischen Revolution, der Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus bis zur klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft – das ist nicht der Weg der Gruppe Rote Fahne. Das ist der Weg der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML, die in der revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterbewegung steht, die im harten Kampf gegen den modernen Revisionismus gegründet wurde.

Voranzeige: Theoretisches Organ der KPD/ML: DER WEG DER PARTEI Nr. 2/3

Erscheint bis Mitte Juli. Preis: 4,- DM. Vertrieb: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.

TEIL I stellt die allgemeinen Grundlagen des bolschewistischen Parteaufbaus dar. Schwergewicht wird auf die Frage gelegt, wann und wie im Kampf zweier Linien der Bruch zu einer revisionistisch entarteten Partei (2. Internationale und moderner Revisionismus) zu ziehen und der Aufbau einer neuen wahrhaft kommunistischen Partei in Angriff zu nehmen ist. Die Anwendung dieser allgemeinen historischen Erfahrungen auf die konkreten Bedingungen in Westdeutschland und Westberlin nach der revisionistischen Entartung von KPD/SEW zeigt, daß die besonderen Voraussetzungen, bei denen Zirkel eine fortschrittliche Rolle spielen können, in Westdeutschland und Westberlin nicht vorhanden sind, daß die Gründung der KPD/ML auf dem Boden der internationalen kommunistischen Generallinie die historisch einzig richtige Konsequenz war und es die Pflicht jedes Kommunisten ist, den weiteren Aufbau der KPD/ML zu unterstützen.

TEIL II analysiert die Linie der Gruppe Rote Fahne (Dortmund) von der vorläufigen Plattform der Aufbauorganisation bis zu ihrem Programmwurf. Die GRF (AO)-Gründer nutzten noch vorhandene ideologische Unklarheiten bei vielen aus der kleinbürgerlich-revolutionären Studentenbewegung stammenden Genossen, die sich dem Marxismus-Leninismus zuwandten, aus, um eine Partei nicht gegen Imperialismus und modernen Revisionismus, sondern gegen die KPD/ML auf die Beine zu stellen. Die tragenden Pfeiler dieser Organisation sind das zunächst völlig offen betriebene Versöhnertum gegenüber dem modernen Revisionismus und die Proklamierung der führenden Rolle der Intelligenz über die Arbeiterklasse. Geburtshelfer war der Trotzlistenhüptling Ernest Mandel. Die Pseudo- bzw. antikommunistischen Grundlagen der GRF wurden niemals ausgemerzt, sondern nur kaschiert. Die Untersuchung der GRF-Politik zeigt, daß bei all ihren Schwankungen und Änderungen keine Hinwendung zum Marxismus-Leninismus erfolgt, sondern allenfalls dort stillschweigende Anpassungen vorgenommen werden, wo die GRF-Führer durch den ideologischen Kampf der KPD/ML dazu gezwungen wurden. Beständig erweist sich die Linie der GRF-Führer nur in einem: mit wechselnden „Prinzipien“ und Methoden, die überwiegend den Arsenalen des Trotzismus entstammen, als Kommunisten getarnt einen hinterhältigen Kampf gegen den Marxismus-Leninismus zu führen und die revolutionäre Bewegung zu spalten.